

# Was jetzt zu tun ist?

## Die Krise abwenden, einen neuen Fortschritt vorbereiten!

### **Acht Orientierungen der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zu den Qualitäten einer modernen Konjunkturpolitik**

1. Gerade in der Krise braucht die politische Diskussion den wechselseitigen kompetenten Austausch zwischen Vision und Pragmatik. So sehr wir kurz- und mittelfristig agieren müssen gegen Arbeitsplatzeinbrüche, Wirtschaftskrise und eine Zerrüttung des Finanzsystems, so sehr sind wir auf eine langfristige Orientierung angewiesen, die sich an politischen Grundwerten orientiert und über die Vision eines neuen Fortschritts Hoffnung macht. Tatsächlich stehen wir an einer Zeitenwende. Der ideologische Marktradikalismus der letzten Jahrzehnte ist grandios gescheitert. Die zeitliche Verdichtung der Krisen und ihre Globalisierung erfordern **starke neue Fortschrittsperspektiven**. Diese liegen in der **sozialökologischen Wissensgesellschaft**. Das Zusammenführen der beiden Jahrhundertideen von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit ist objektiv begründet, denn die beiden Knappheitsfaktoren Wissen und Umwelt werden die globale Zukunft prägen. Staatliche Krisenintervention muss sich an diesen langfristigen Konzepten orientieren. **Konjunkturpolitik muss immer zugleich Strukturpolitik und Zukunftspolitik sein**. Dadurch lässt sich auch eine höhere Verschuldung auf Zeit rechtfertigen.
2. Gutes Krisenmanagement ist präventiv, nicht reaktiv. Gerade in der Krise darf sich Politik nicht in Suchbewegungen erschöpfen, sondern muss klare Linien halten, die Sicherheit und Orientierung geben. Eine nationale Fixierung bei Nutzen- und Kostenvergleichen von staatlichen Interventionen greift angesichts der Tiefe der Rezession und der globalen Gleichzeitigkeit zu kurz. Wir brauchen mehr denn je die **europäische Abstimmung und Initiative**. Kooperation statt Konkurrenz, gemeinsame Aktion statt Attentismus sind gefragt.

Deutschland befindet sich dabei in der Situation, nach einem erfolgreichen Mix aus Investitions- und Konsolidierungspolitik größere Spielräume als andere europäische Länder zur Krisenbekämpfung zu besitzen. Die Größe eines im internationalen und ganz besonders im europäischen Kontext stehenden Konjunkturprogramms muss als ein gleichberechtigter und gleichverpflichtender Beitrag für die Weltwirtschaft angelegt sein. Der europäische, und auch ganz selbstverständlich ein deutscher Beitrag müssen in der Dimension und Qualität mit jenen Initiativen mithalten, die die USA, China oder Indien und andere Staaten unternehmen. Die USA haben ein erstes Konjunkturpaket mit einem Volumen von 170 Mrd. Dollar verabschiedet. Ein weiteres Konjunkturpaket mit einem Umfang von 600 Mrd. Dollar soll für den Beginn der Präsidentschaft Barack Obama nach aktuellen Presseberichten, die sich auf die Repräsentantenhauspräsidentin Pelosi beziehen, in Arbeit sein. Das entspricht etwa 6 Prozent des US-BIP. China hat ein Konjunkturprogramm von fast 600 Mrd. Dollar (auf zwei Jahre verteilt) im November 2008 gestartet. Gemessen am jährlichen chinesischen BIP (vor. max. etwa 8 Bio. Dollar) ist dies ein Impuls von deutlich 4 Prozent des chinesischen BIP, eher darüber. Dem steht ein aktuell beschlossenes, nach Mitgliedstaaten individualisiertes EU-Konjunkturpaket in Höhe von

zusammen 200 Mrd. Euro, das sind etwa 1,8 Prozent gemessen am EU-BIP, gegenüber. Struktur und Ausgestaltung der konjunkturpolitischen Reaktionen wurden aufgrund der Dynamik der Krise in allen Ländern flexibel angepasst. Europa wird auch weiterhin dieser Dynamik gerecht werden müssen. Europa mit 500 Mio. Bewohnerinnen und Bewohnern hat dabei als kräftiger Wirtschaftsraum eine besonders aktive Rolle zu spielen und wird dem eigenen Anspruch, in dieser Dynamik mit Schritt halten zu wollen, gerecht werden müssen. Insofern sind weitere, vom Zeitablauf aber immer im Konzert mit den anderen Nationen, insbesondere den USA und China, abgestimmte Maßnahmen sachgerecht.

3. Die **Nagelprobe** für die Handlungsfähigkeit des Staates und die neue Souveränität der Politik gegenüber der Ökonomie ist die **Umsetzung der nationalen wie internationalen Verabredungen zur Reform der Finanzsysteme und zum Aufbau des sogenannten Bankenschirms**. Wir brauchen hier mehr Verbindlichkeit und Konsequenz gegenüber der Finanzwirtschaft und eine klare Orientierung an den Erfordernissen der Realwirtschaft. Angesichts von Rettungspaketen im dreistelligen Milliardenbereich darf es keine Kreditklemme der Banken gegenüber den Finanzierungsbedürfnissen der Unternehmen geben. Denn die Rechtfertigung für den Bankenschirm liegt darin, dass so der Schirm für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft abgesichert werden kann.

Die erste Phase der Finanzmarktkrise, in der dieser Flächenbrand gelöscht werden muss, ist noch nicht abgeschlossen. Die täglichen Ereignisse im Bankenwesen führen vor Augen: **Die angestrebte Finanzmarktstabilität ist bislang nicht erreicht worden**. Die EZB erklärte erst kürzlich in ihrem Bericht: Die Krise für das Bankensystem dürfte noch nicht beendet sei. Es gebe keine Entwarnung. Gefahren gingen insbesondere vom Markt für Kreditderivate und von Hedge-Fonds aus. Der Korrekturbedarf in den Bankbilanzen – so die EZB – scheint noch weiterhin zu bestehen.

Diese Probleme führen jedoch im Ergebnis zu Friktionen für die Realwirtschaft. Der Interbankenhandel stockt weiterhin. Darüber hinaus ist eine Entwicklung absehbar, nach der die Attraktivität, bei der Zentralbank Geld zu parken statt es in den Wirtschaftskreislauf hinein zu verleihen, die Gefahr einer Kreditklemme für die Realwirtschaft heraufbeschwört. Dementsprechend zeichnet sich ab, dass das Finanzierungssystem für die Realwirtschaft eine umfassendere Reform benötigt: Die Ursache der Krise liegt schließlich in einer zunächst mit Verbriefungen hochgehebelten und letztlich jede wirtschaftliche Substanz aushebelnden Finanzwirtschaft. Nicht diese Finanzmanager-Renditehebel sollten mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz wieder in Gang gesetzt werden. Vielmehr sollen die Mittel aus Zentralbanken und den Hilfsfonds der Mitgliedstaaten genutzt werden, um die Unternehmen mit Geld zu versorgen, das diese benötigen. Das gegenwärtige System von Banken und Finanzinstituten ist jedoch zu wesentlichen Teilen derart mit sich selbst beschäftigt, insbesondere mit der fortgesetzten bilanziellen Umgliederung seiner Problempapiere, dass es seiner eigentlichen Aufgabe, der Finanzierung der Wirtschaft, gerecht wird. Die Eigeninteressen der Banken, die sogar einige große Player dazu verführten, die Mittel aus dem SoFFin (Sonderfonds

Finanzmarktstabilisierung) zu tabuisieren, sind erst recht nicht hilfreich im Krisenbewältigungsprozess gewesen. Die zeitgleiche Rezession in allen Industrienationen, die der IWF angezeigt hat, zeigt zudem, wie dringlich es ist, dass die Staaten weitere Maßnahmen unternehmen, um eine **ausreichende Finanzierung der Realwirtschaft** sicherzustellen. Nur ein Beispiel: In Deutschland ist die Finanzierung von Off-Shore-Windparks nach Presseberichten schon gegenwärtig kaum zu stemmen (Handelsblatt vom 16.12.2008).

4. Im Interesse der Realwirtschaft muss auch weiterhin **politische Priorität auf die nötige Finanzstabilität** gelegt werden. Das heißt insbesondere: Ohne neue Finanzarchitektur wird es keine Stabilität im System geben. Diverse Schritte notwendiger zusätzlicher Regulierung der Finanzmärkte – international vereinbarte (G 20!) wie europäisch und national im politischen Diskurs stehende – harren der nachhaltigen Initiative und Umsetzung. Die Finanzmarktstabilisierung muss nach dem Sinn und Zweck des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes durchgesetzt werden. Nur so wird man dem politischen Versprechen, die **Finanzmärkte als öffentliches Gut** nicht nur zu begreifen, sondern zu gewährleisten, gerecht. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Die Vergabe der SoFFin-Unterstützungen sind auch durch zielgerichtete Auflagen darauf zu fokussieren, Kreditklemmen in der Realwirtschaft zu vermeiden und den Interbankenhandel wieder in Schwung zu bringen. Es ist zu überprüfen, ob Leistungen des Sonderfonds an Verpflichtungen zu Eigenkapitalerhöhungen bzw an Verpflichtungen zur Kreditvergabe an den Unternehmenssektor zu binden sind.
- Das Regelwerk für Garantieerklärungen und Eigenkapitalhilfen muss so gestaltet werden, dass die konjunkturstabilisierenden Zinssenkungen der EZB auch bei der Realwirtschaft ankommen. Auf der Ebene der EZB sind Maßnahmen anzugehen, damit „Parkeinlagen“ der Geschäftsbanken bei ihr durch entsprechende wirtschaftliche Rahmensetzungen unattraktiv werden.
- Die als notwendig erkannten regulatorischen Maßnahmen müssen jetzt gesetzgeberisch angepackt werden. Dazu zählen insbesondere: Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge (Eigenkapitalquote) der Finanzinstitute festschreiben; strengere Bilanzierungspflichten der Finanzinstitute verankern; Selbstbehalte bei Verbriefungen von mindestens 20 Prozent festlegen; Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme gesetzlich normieren; Hedge- und Private-Equity-Fonds straff regulieren; Reform des Einlagensicherungssystems ohne Staatshaftung; BAFin als Teil einer europäischen Finanzmarktaufsicht stärken, ausbauen und als Finanzmarkt-TÜV qualifizieren; Ratingagenturen auf ihr Kerngeschäft festlegen und Interessenkollisionen dort strukturell ausschließen; grundsätzliches Verbot von Leerverkäufen

5. Öffentliche Investitionen haben eine besonders große und sichere Wirkung auf Arbeitsplatzertahl und Kaufkraftstabilisierung. Sie sind zugleich nachhaltig. Bei einer modernen Konjunkturpolitik, die immer auch Struktur- und Zukunftspolitik sein muss, haben **öffentliche Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur bei Daten-, Energie- und Verkehrsnetzen, in die Verbesserung der**

**Energiebilanzen und der Ressourcennutzung, für Bildung, Forschung und Entwicklung sowie für die soziale Modernisierung oberste Priorität.** Mehr Daseinsvorsorge und Lebensqualität durch bessere öffentliche Güter stärken in der Krise die Demokratie. Gegen den Individualkapitalismus wird das Gemeinwohl ins Zentrum gerückt.

Ein sinnvolles Konjunkturpaket sollte Maßnahmen enthalten, die möglichst schnell stabilisierend wirken, zielgenau und nachhaltig sind und administrativ leicht umgesetzt werden können. Die Kreditfinanzierung eines Konjunkturprogramms steht dabei außer Zweifel. Ansonsten kann es den erwünschten volkswirtschaftlichen Impuls nicht geben. Aus den zurückliegenden Wirtschaftskrisen ist ferner zu lernen, dass diese umso teurer werden, je mehr sie sich verfestigen. Wer keinen verständigen Mut zur Überwindung einer Krise beweist, wird in einer Krise kaum bestehen. Aus den Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise nach 1929 folgt weiterhin, dass die Krise auch als Chance genutzt werden muss. Dazu sind zukunftsfähige Investitionen zu unterstützen und – insbesondere in einem Land wie Deutschland mit hohen Sparraten und Spareinlagen – die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, diesen Zukunftstrend zu unterstützen. **Die Steigerung der deutschen Investitionsquote ist dabei Dreh- und Angelpunkt.** Derzeit erholt sie sich nur langsam von ihrem niedrigen Niveau, das 2006 mit 1,3 Prozent nur halb so hoch war wie der europäische Durchschnitt (DIW nach Böcklerimpuls für 2006). Auf die vorhandenen industriellen und wissenschaftlichen Potentiale Europas und Deutschlands ist aufzubauen. Die gemeinsame europäische Politik gibt dabei – in Übereinstimmung mit den vorgenannten Kriterien - die inhaltliche Ausrichtung eines Konjunkturprogramms und seiner Investitionsschwerpunkte vor: die **Lissabon-Strategie**, also eine gemeinsame aktive Politik für den Übergang in die Wissensgesellschaft und zur Wachstumsstärkung, sowie die **Bekämpfung des Klimawandels**. Das ist zugleich – weil in der Linie der Politik von Bundeskanzler Schröder liegend – eine klare sozialdemokratische Akzentuierung.

**Investitionsprogramme zur energetischen Gebäudesanierung** sind stark auszuweiten und werden neben einem erheblichen Modernisierungseffekt mittelfristig auch jene Kosten wieder einspielen, die sie derzeit verursachen. Derartige Programme dürfen deswegen nicht auf die sog. soziale Infrastruktur, wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Sportstätten beschränkt sein. Sie sind auf sämtliche öffentlichen Verwaltungsgebäude auszudehnen: Derzeit gibt es in Deutschland 186.000 öffentliche Gebäude, die Heizkosten von 3,5 Mrd. Euro verbrauchen. Hier liegt ein enormes Effizienzvolumen. Denn mit einem neuen Aufschwung ist schon jetzt eine erhebliche Energieverteuerung abzusehen. Dafür müssen Europa und Deutschland fit sein.

Und ein **Bildungs-Investitionsprogramm (BIP)** für die Schulen, die Hochschulen und Einrichtungen der Berufsbildung und der Weiterbildung ist konjunkturpolitisch sinnvoll und für Innovation und zukünftige Wertschöpfung rentierlich. Die Bedarfe sind da und liegen bei über 70 Mrd. Euro. Die Chancen, hier mit speziellen Programmen doppelten Nutzen zu erreichen, sind also groß: Kurzfristig für die Konjunktur, mittel- und langfristig für nachhaltige Wertschöpfung durch Bildung, Forschung und Entwicklung.

6. **Bund, Länder und Kommunen müssen in einer gemeinsamen Anstrengung ihre Kräfte bündeln** und kooperativ und unkompliziert zusammenwirken können. Zukunftsorientierte

Konjunkturpolitik ist eine Aufgabe jeder staatlichen Ebene. Sie wirkt um so stärker, je besser die staatlichen Ebenen dabei zusammen wirken. Den Kommunen, der staatlichen Ebene mit den meisten öffentlichen Investitionen, kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Alle Kommunen müssen hierbei aktiv werden können. Wir brauchen mehr Investitionen der reichen Kommunen. Insgesamt konnte die kommunale Familie jährliche Einnahmewachse allein durch die Gewerbesteuer von deutlich 10 Mrd. Euro verzeichnen. Hier sind die Grundlagen in den rot-grünen Regierungsjahren mit einer Stärkung der Gewerbesteuer gelegt worden (Einschränkungen bei der Verlustverrechnung, Änderungen bei Regelungen um Gesellschafter-Fremdfinanzierung, etc.). Hinzu kommen Entlastungen der Kommunen durch die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsmarktreformen. Das bietet hervorragende Investitionsmöglichkeiten, bei Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Kultureinrichtungen.

Gleichzeitig sind Bund und Länder in der Pflicht, gerade auch in den finanzschwachen Kommunen Investitionsmöglichkeiten zu schaffen. Dort konzentrieren sich hohe Arbeitslosigkeit und hoher Modernisierungsbedarf. Hierfür ist ein **solidarisches kommunales Sonderprogramm** notwendig. Dazu gehört aber auch, dass die Länder – neben ihrer in ihrem Aufgabenbereich liegenden Verantwortung, Investitionen etwa im Krankenhaus- und Nahverkehrswesen oder im Hochschulbau mit Geldmitteln nachhaltig nachzukommen - zusätzlich aufgerufen sind, finanzschwachen Kommunen Investitionsmöglichkeiten nicht durch eine starre Kommunalaufsicht zu verschließen. Sie sind ferner gefordert, die bisherige interkommunale Finanzverteilung über den kommunalen Finanzausgleich zu überprüfen, d.h. zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse neu zu justieren.

Und die Krise macht zugleich deutlich: **Kooperationsverbote der staatlichen Ebenen gehören nicht in die Verfassung.** Im Gegenteil: Wir brauchen hier mehr gemeinsame Handlungsmöglichkeiten aller staatlichen Ebenen. Der Bund ist in diesem Konzert insbesondere mit einer Aktivierung der KfW heranzuziehen.

7. Mit öffentlichen Investitionen schafft der Staat Arbeit und Werte. Er steht zugleich in der Pflicht, auch bei den privaten Investitionen von Unternehmen und Personen die richtigen konjunkturellen und strukturellen Anreize zu setzen und damit zusätzliches konjunkturelles Potential zu wecken. Wir brauchen diese Hebelwirkung im Interesse von Ökologie und Innovation. **Das Mittel der steuerlichen Absetzbarkeit muss durch Prämiensysteme und Zuschüsse ergänzt werden.** Das gilt insbesondere für die eingeleiteten und noch deutlich auszubauenden Programme zum Klimaschutz, zur Gebäudesanierung und zum sozialen Wohnen. Wo über 50 Prozent der Haushalte überhaupt keine Steuern mit der Möglichkeit der Absetzbarkeit mehr zahlen, greift die rein steuerliche Förderung zu kurz. Ökologische und soziale Modernisierungsbedarfe gibt es aber in allen Haushalten, Förderungen müssen deshalb auch für alle erreichbar sein und wirksam werden. Gerade auch bei Rentnern und bei einkommensschwachen Schichten.

Um die Binnennachfrage zu stärken, sind steuerliche Maßnahmen von geringerem Gebrauchswert. Diese Maßnahmen würden wiederum gerade einmal die Hälfte der bundesdeutschen Haushalte treffen – der Rest trägt auf Grund nicht ausreichenden zu versteuernden Einkommens im Ergebnis nicht zum Einkommensteueraufkommen bei, kann also auf diesem Wege auch nicht entlastet werden (insbesondere Rentner, Studenten, Menschen mit geringen Einkommen [etwa Familien mit

zwei Kindern mit einem Einkommen unterhalb von 37.000 Euro], Hartz IV-Empfänger). Daher ist die Initiative von Bundesminister Steinmeier zu vertiefen, den Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozentpunkten in dem **Krankenversicherungsbeitrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Rentner zurückzunehmen** und durch Steuern zu finanzieren. Diese Maßnahme wird sich schon über die breite Kaufkraftwirkung durch zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen zu einem Teil refinanzieren.

Außerdem sollen allgemein die **Kaufkraft von unteren Einkommenschichten und Transferleistungsbeziehern**, von Haushalten im Bezug von Arbeitslosengeld II wie Sozialhilfe und von Beziehern von Sozialgeld zielgerichtet erhöht werden, um damit einen konjunkturellen Impuls zu setzen, z. B. über allgemeine Konsumgutscheine, Gutschriften oder Öko-Gutscheine. Denn alle Schichten müssen an der Entlastung zum Zweck der konjunkturellen Belebung beteiligt sein.

8. **Konjunkturfragen sind auch Verteilungsfragen.** Mit dem Ausbreiten eines staatlichen Rettungsschirms für Arbeitsplätze, Konjunktur und Finanzwirtschaft gehen die öffentlichen Hände von Bund, Ländern und Kommunen in eine massive finanzielle Vorleistung, denn diese Programme müssen durch eine dramatisch höhere Neuverschuldung finanziert werden. Tatsächlich würden Sparprogramme der öffentlichen Hand die Krise aktuell nur verstärken. Aus der Rezession kann man sich nicht herausparen, sondern nur herauswachsen. Damit die staatliche Handlungsfähigkeit auf Dauer erhalten bleibt, bedarf es allerdings einer **klaren antizyklischen Haushaltspolitik**. Dazu gehört die Refinanzierung der staatlichen Vorleistung aus den Wertzuwächsen der Zukunft. Hinzukommen muss ein starker steuerlicher Beitrag großer Vermögen, großer Einkommen und vom Faktor Kapital. Die Refinanzierung der öffentlichen Vorleistung aus dem Bankenschirm ist aus der Finanzwirtschaft selbst zu erbringen. Wer antizyklische Haushaltspolitik und stabile öffentliche Haushalte will, muss diese Gegenfinanzierung in ein Gesamtkonzept bringen. Diese zeitlich versetzte Gegenfinanzierung angesichts der stark steigenden Staatsverschuldung ist schon jetzt klar zu benennen und anzukündigen. Die Nachhaltigkeit muss auch zum Ordnungsprinzip der öffentlichen Haushalte werden. Nur so können staatliche Handlungsfähigkeit und politische Souveränität gegenüber der neoliberalen Dominanz von Kapital und Märkten dauerhaft zurückgewonnen und behauptet werden.

Vorstand der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion

Dezember 2008